



Auslandschweizer und Bankenproblematik

In Kürze

- *Seit 2008 haben die Auslandschweizerinnen und -schweizer zunehmend Schwierigkeiten, Konten in der Schweiz zu eröffnen bzw. Bankbeziehungen mit der Schweiz zu unterhalten. Wenn sie es können, dann oft nur zum Preis hoher Gebühren oder einer oft hohen Mindesteinlage.*
- *Die Auslandschweizerinnen und -schweizer brauchen aber Bankbeziehungen in der Schweiz aus folgenden Gründen :*
 - *Abschluss einer Krankenversicherung*
 - *Hinterlegung von Vorsorgeguthaben*
 - *Bezahlung von Ausgaben während eines Aufenthalts in der Heimat oder*
 - *Tätigung von Transaktionen rund um Immobilieneigentum*
- *Strategie der ASO:*
 1. *Systemrelevante Banken*
 - *Interventionen, um die systemrelevanten Banken zu verpflichten, Auslandschweizer aufzunehmen, als Gegenzug des Genusses der impliziten Garantie des Bundes im Falle von finanziellen Schwierigkeiten oder Konkurs..*
 2. *Öffentliche Banken*
 - *Interventionen bei Kantonalbanken, gegebenenfalls mit den Eigentümern der Kantonalbanken*
 - *Interventionen, welche eine Änderung der Postverordnung verlangen, um die Ausdehnung der Grundversorgungspflicht im Zahlungsverkehr an Auslandschweizer auszudehnen.*
 3. *Privatbanken*
 - *Direkte Kontakte mit Privatbanken, um globale Lösungen für Auslandschweizer zu finden.*

I. Aktueller Sachstand

Seit 2008 haben die Auslandschweizerinnen und -schweizer zunehmend Schwierigkeiten, Konten in der Schweiz zu eröffnen bzw. Bankbeziehungen mit der Schweiz zu unterhalten. Wenn sie es können, dann oft nur zum Preis hoher Gebühren oder einer überhöhten Mindesteinlage (z. B. 100'000 (Zürcher Kantonalbank) bzw. sogar 500'000 Franken (Luzerner Kantonalbank, Nidwaldner Kantonalbank)).

Die Auslandschweizerinnen und -schweizer brauchen aber Bankbeziehungen in der Schweiz, um Krankenversicherungen abzuschliessen, Ausgaben während eines Aufenthalts in der Heimat zu bezahlen oder Transaktionen rund um Immobilieneigentum zu tätigen.

Dieses Problem betrifft nicht nur Auslandschweizerinnen und -schweizer in den USA, sondern alle Auslandschweizer, obwohl die Auslandschweizer in den Nachbarländern der Schweiz weniger stark betroffen sind.

Heute haben sich Banken wie PostFinance, die Genfer Kantonalbank (BCGE) usw. dazu bereit erklärt, Auslandschweizerinnen und -schweizer als Kunden anzunehmen, aber sie bieten nicht immer alle Leistungen an, die Auslandschweizer benötigen. Bei PostFinance erhalten Auslandschweizer weder Kreditkarten noch Hypotheken für Immobilien in der Schweiz.

Die ASO hoffte, dass mit dem Inkrafttreten des automatischen Informationsaustausches (AIA) mit verschiedenen Ländern ab 2018 die Banken ihre Haltung gegenüber Kunden im Ausland lockern würden. Bislang konnte jedoch keine Lockerung angesichts des Inkrafttretens des AIA festgestellt werden.

Da die Schweizerbürger auf internationaler Ebene immer mobiler werden und es immer häufiger vorkommt, dass sie aus beruflichen Gründen eine kurze Zeit im Ausland verbringen, ist die Aufrechterhaltung der Schweizer Bankbeziehungen zwingend erforderlich. Die Schwierigkeit, Bankbeziehungen mit der Schweiz zu unterhalten, beeinträchtigt die Mobilität.

II. Strategie der ASO

Die ASO hat eine differenzierte Strategie zur Lösung des Bankproblems eingeführt. Sie beruht auf drei Schwerpunkten:

1) Systemrelevante Banken

Da die systemrelevanten Banken bei finanziellen Schwierigkeiten oder Konkurs in den Genuss einer impliziten Garantie des Bundes kommen, sollten sie im Gegenzug dazu verpflichtet sein, Auslandschweizer als Kunden zu akzeptieren.

Roland Rino Büchel (SVP/SG), Nationalrat und Mitglied des Auslandschweizerrates, verlangte in einer am 25. September 2015 eingereichten Motion, dass alle Auslandschweizer ein Konto bei einer systemrelevanten Bank eröffnen können. Am 4. Mai 2017 lehnte der Nationalrat mit einer Differenz von drei Stimmen (bei 29 Enthaltungen) die Motion ab. Dies löste bei den im Ausland lebenden Schweizerinnen und Schweizern eine Woge der Entrüstung aus.

Als Reaktion darauf reichte Filippo Lombardi (CVP/TI), Ständerat und Vizepräsident der ASO, am 15. Juni 2017 eine von 35 Ständeräten unterstützte Motion ein, welche ebenfalls verlangt, dass alle Auslandschweizer ein Konto bei einer systemrelevanten Bank eröffnen können.

2) Öffentliche Banken

Die Banken in öffentlicher Hand haben besondere Pflichten gegenüber den Schweizerbürgern. Vor diesem Hintergrund nahm die ASO Gespräche, die noch andauern, mit dem Verband Schweizerischer Kantonalbanken und mit einigen Kantonalbanken (Banque cantonale genevoise, Zürcher Kantonalbank) auf. Sollte die Antwort nicht zufriedenstellend ausfallen, wird die ASO auf der Ebene der Kantonsparlamente und –exekutiven intervenieren, um sie auf ihre Pflichten und die Möglichkeit aufmerksam zu machen, diesen Bereich als Eigentümer der Kantonalbanken zu regulieren. Ein weiterer Schwerpunkt ist PostFinance, die ebenfalls in öffentlicher Hand ist.

Roland Rino Büchel (SVP/SG), Mitglied des Auslandschweizerrates, reichte eine Motion ein mit der Forderung, entsprechende gesetzliche Grundlagen zu schaffen, damit der Leistungsauftrag des Bundes an die Post bezüglich Zahlungsverkehr die Grundversorgung der Landsleute im Ausland umfasst. Die Motion wurde vom Bundesrat am 11. September 2014 angenommen, vom Ständerat jedoch am 16. März 2015 abgelehnt. Die ASO agiert weiterhin auf der Ebene des Parlaments, um die parlamentarischen Vorstösse mit diesem Ziel zu unterstützen.

So hat auf Initiative von Nationalrat und Mitglied des Auslandschweizerrates Laurent Wehrli (FDP/VD) die Aussenpolitische Kommission des Nationalrates am 3. Juli 2017 eine Motion angenommen, die eine Änderung der Postverordnung verlangt, damit Auslandschweizerinnen und -schweizer zu ähnlichen Konditionen wie in der Schweiz wohnhafte Landsleute Zugang zu den Dienstleistungen von PostFinance, einschliesslich des Kreditkartenangebots, haben.

3) Privatbanken

Die ASO ist weiterhin bestrebt, mit Privatbanken, etwa der Bank CLER, Kontakte zu knüpfen. Generell ist es wichtig, dass die Auslandschweizerinnen und -schweizer bei ihren Schweizer Banken auf vernünftigen Bedingungen bestehen. Die ASO sammelt gern Berichte über die positiven und negativen Erfahrungen der im Ausland lebenden Landsleute mit den einzelnen Banken.

III. Erinnerung an frühere Massnahmen

Die verschiedenen Massnahmen der ASO seit 2009 sind in der nachstehenden Tabelle zusammengefasst.

Datum	Massnahmen
August 2009	Resolution des Auslandschweizerrates (ASR)* http://aso.ch/de/politik/stellungnahmen
2009	Intervention beim Bankenombudsman
2009	Intervention beim Verband Schweizerischer Kantonalbanken
Juli 2010	Intervention bei Credit Suisse
2010	Umfrage bei Banken durch die Auslandschweizer-Organisation
Dezember 2011	Intervention beim Preisüberwacher
März 2012	Resolution des ASR* http://aso.ch/de/politik/stellungnahmen
2012	Besprechung mit dem Direktor von PostFinance
2012	Intervention beim Direktor der Schweizerischen Bankiervereinigung
2012	Intervention bei Bundesrätin Evelyne Widmer Schlumpf (Finanzministerin)
Januar 2014	Treffen der Direktion der ASO mit PostFinance
August 2014	Resolution des ASR* http://aso.ch/de/politik/stellungnahmen
September 2014	Treffen der ASO mit der Arner Bank
November 2014	Treffen der ASO mit der Neuen Helvetischen Bank
Mai 2015	Neue Umfrage bei den Banken und Veröffentlichung des Ergebnisses in der Ausgabe 4/15 der «Schweizer Revue» und auf der Website der ASO http://www.aso.ch/files/webcontent/rechtsdienst/Tabelle_WEB_D_revidiert_2016.pdf
September 2015	Treffen einer Delegation der ASO mit einer Delegation aus Vertretern der Post, der PostFinance, des UVEK und des BAKOM.
August 2016	Resolution des ASR* http://aso.ch/de/politik/stellungnahmen
März 2017	Resolution des ASR* http://aso.ch/de/politik/stellungnahmen

März 2017	Treffen des Präsidenten der ASO mit Vertretern des Verbands Schweizerischer Kantonalbanken
Juni 2017	Treffen des Präsidenten der ASO mit Vertretern der Bank CLER
Juni 2017	Treffen der ASO mit der BCGE

*Die Texte der Beschlüsse sind dem Anhang zu entnehmen. Unter [dieser Internetadresse](#) finden Sie alle Resolutionen, die der Auslandschweizererrat als oberstes Organ der Auslandschweizer-Organisation (ASO) verabschiedet hat.

IV. Parlamentarische Vorstösse

Die ASO unterstützte auch einige parlamentarische Vorstösse zu diesem Thema:

Datum	Parlamentarisches Vorstoss	Ergebnis
03.07.2017	Motion der Aussenpolitischen Kommission des Nationalrats 17.3626 , die eine Änderung der Postverordnung verlangt, damit Auslandschweizerinnen und -schweizer zu ähnlichen Konditionen wie in der Schweiz Zugang zu den Dienstleistungen von PostFinance, einschliesslich des Kreditkartenangebots, haben. https://www.parlament.ch/de/ratsbetrieb/suche-curia-vista/geschaeft?AffairId=20173626	Noch nicht behandelt
15.06.2017	Motion von Filippo Lombardi 17.3511 , der verlangt, dass alle Auslandschweizerinnen und Auslandschweizer bei einer systemrelevanten Schweizer Bank ein Konto eröffnen und zu annehmbaren Bedingungen unterhalten können. https://www.parlament.ch/de/ratsbetrieb/suche-curia-vista/geschaeft?AffairId=20173511	Noch nicht behandelt
12.06.2017	Frage von Laurent Wehrli 17.5289 , der den Bundesrat fragt, warum er nicht gegen die Diskriminierung vorgehen will, welche PostFinance gegenüber der Auslandschweizer betreibt. https://www.parlament.ch/de/ratsbetrieb/suche-curia-vista/geschaeft?AffairId=20175289	12.06.2017: Erledigt
25.09.2015	Motion von Roland Büchel 15.4029 , der den Bundesrat beauftragt sicherzustellen, dass alle Auslandschweizerinnen und Auslandschweizer bei einer systemrelevanten Schweizer Bank ein Konto eröffnen und zu vernünftigen Bedingungen unterhalten können.	NR (4.5.2017) Ablehnung: (79 zu 82 Stimmen und 29 Enthaltungen)

	https://www.parlament.ch/de/ratsbetrieb/suche-curia-vista/geschaeft?AffairId=20154029	
07.09.2015	Frage von Peter Keller 16.5519 , der den Bundesrat fragt, ob er bereit ist, bei der PostFinance zu intervenieren, damit die Auslandschweizer u. a. auch wieder auf das Kreditkartenangebot der PostFinance zurückgreifen können. https://www.parlament.ch/de/ratsbetrieb/suche-curia-vista/geschaeft?AffairId=20165519	5.12.2016: Erledigt
22.09.2014	Postulat von Konrad Graber 14.3752 mit der Beauftragung des Bundesrats, die nachstehenden Massnahmen zu prüfen: a. Einrichtung einer zentralen Anlaufstelle für eine Erstinformation im Zusammenhang mit einem regelkonformen Verhalten in Steuer- und übrigen Finanzfragen im Gaststaat. b. Pflicht der PostFinance AG zur Eröffnung und Führung eines Zahlungsverkehrskontos auch für Auslandschweizerinnen und -schweizer unter der Bedingung, dass die rechtlichen Rahmenbedingungen in der Schweiz und im Gaststaat eingehalten werden. http://www.parlament.ch/d/suche/seite/n/geschaeft.aspx?gesch_id=20143752	SR (08.12.2014): Annahme Bericht am 20. April 2016 veröffentlicht https://www.parlament.ch/centers/epar/curia/2014/20143752/Bericht%20BR%20F.pdf
18.09.2013	Interpellation von Cédric Wermuth 13.3721 , der den Bundesrat fragt, was unternommen wird, damit auch in der Schweiz (wie EU-intern) die Gebühren im grenzüberschreitenden elektronischen Zahlungsverkehr offengelegt werden (Gebührentransparenz) und ob er über eine Übersicht der Praxis der Banken verfügt, in Bezug auf Auslandschweizer. https://www.parlament.ch/de/ratsbetrieb/suche-curia-vista/geschaeft?AffairId=20133721	13.12.2013: Erledigt
14.12.2012	Motion von Roland Büchel 12.4264 mit dem Ziel, den Zahlungsverkehr der Auslandschweizerinnen und -schweizer über die PostFinance-Dienstleistungen in den Leistungsauftrag des Bundes an die Post aufzunehmen. http://www.parlament.ch/d/suche/seite/n/geschaeft.aspx?gesch_id=20124264	NR (11.09.2014): Annahme (mit 126 zu 53 Stimmen und 11 Enthaltungen) SR (16.03.2015): Ablehnung

10.12.2012	Frage von Roland Büchel 12.5516 an den Bundesrat, ob er bereit sei, die "Grundversorgung Zahlungsverkehr für Auslandschweizer" in den Leistungsauftrag für die Post aufzunehmen. https://www.parlament.ch/de/ratsbetrieb/suche-curia-vista/geschaeft?AffairId=20125516	10.12.2012: Erledigt
11.11.2009	Anfrage von Ruedi Noser 09.1138, der fragt, welche Massnahmen der Bundesrat zu ergreifen gedenkt, um die in den USA lebenden Schweizerinnen und Schweizer zu unterstützen, denen das Bankkonto gekündigt worden ist. https://www.parlament.ch/de/ratsbetrieb/suche-curia-vista/geschaeft?AffairId=20091138	11.12.2009: Erledigt

V. Nächste Schritte

Massnahmen	Termin
Unterstützung der parlamentarischen Vorstösse bezüglich der Schweizer Bankkonten der Auslandschweizerinnen und -schweizer (Motion Lombardi zu den systemrelevanten Banken; Motion der APK-N zu PostFinance). <ul style="list-style-type: none"> - Schreiben an die Parlamentsmitglieder - Mobilisierung der Parlamentarischen Gruppe - Kampagne in den Medien 	Gemäss dem Parlamentskalender
Kontakte mit Kantonal- und Privatbanken, um eine pragmatische Lösung zu finden	Oktober 2017

VI. Fazit

Im Lauf der Jahre wurde der Situation der Auslandschweizerinnen und -schweizer bezüglich ihrer Bankbeziehungen immer mehr Beachtung geschenkt, vor allem auf der Ebene des Parlaments. Um die kontinuierliche Zunahme (2 % jährlich) der internationalen Mobilität unserer Landsleute zu unterstützen, gilt es, die Hindernisse für diese Mobilität bestmöglich zu beseitigen. Die ASO fordert für die Auslandschweizer nach wie vor den Zugang zu Bankkonten, verhältnismässige Gebühren sowie einen Verzicht auf Mindesteinlagen. Im Interesse der Auslandschweizer wird sie künftig ihren Druck verstärken und auch die kantonalen Eigner, bzw. die Kantonsregierungen in die Pflicht nehmen.

Beschlüsse des ASR in Bezug auf die Bankenproblematik

▪ **Resolution des Auslandschweizerrates (7. August 2009)**

Die in den USA lebenden Schweizerinnen und Schweizer sind empört, weil die Schweizer Banken schrittweise ihre Konten aufheben.

Der Auslandschweizerrat (ASR) protestiert dagegen, dass die Schweizer Banken die Konten der in den USA lebenden Auslandschweizerinnen und Auslandschweizer aufheben und die Bankbeziehungen mit ihnen auflösen. Es kann nicht sein, dass rechtmässig erworbene und versteuerte Guthaben von Schweizer Bürgern von Schweizer Banken zurückgewiesen und langjährige Geschäftsbeziehungen abgebrochen werden.

Der ASR verlangt von den Banken, dass Schweizerbürger im Ausland, die in der Schweiz legal erworbene Vermögenswerte haben, oder Liegenschaften geerbt haben, die allenfalls mit Hypotheken belastet sind, oder eine Rente beziehen, weiterhin ein Konto bei einer Schweizer Bank unterhalten und Bankbeziehungen in ihrer alten Heimat pflegen können.

▪ **Resolution des Auslandschweizerrates (24. März 2012)**

Die Auslandschweizer sind zunehmend empört über die Schweizer Banken.

Für den Auslandschweizerrat ist es inakzeptabel, vor allem in Anbetracht der zunehmenden Mobilität, dass Personen, welche ihre Guthaben deklarieren, also die Steuergesetze ihres Wohnsitzlandes respektieren, keine Bankbeziehungen in ihrem Herkunftsland mehr unterhalten können oder nur zu überhöhten Gebühren. Er verwarft sich gegen jede Diskriminierung aufgrund des Wohnorts oder in Form einer hohen Mindesteinlage, welche die meisten Auslandschweizer ausschliesst.

Der Auslandschweizerrat ruft Banken und Behörden auf, Lösungen zu unterbreiten, welche es unseren Mitbürgern im Ausland, die sich an die Steuergesetze halten, ermöglichen, in der Schweiz Bankbeziehungen zu vernünftigen Bedingungen zu pflegen.

▪ **Resolution des Auslandschweizerrates (15. August 2014)**

Im Namen unserer 732'000 Auslandschweizer unterbreiten wir eine Resolution, welche den Bund auffordert, der PostFinance folgendes aufzutragen:

Der Bund beauftragt die PostFinance, den im Ausland lebenden Schweizern die Eröffnung und den Unterhalt von:

- 1. Girokonten und Sparkonten zu ermöglichen*
- 2. Konten zur Altersvorsorge (3. Säule) zu ermöglichen*
- 3. Konten zur Ausbildungsvorsorge zu ermöglichen*
- 4. Konten für in der Schweiz erarbeitete und erworbene Erbschaftsgelder zu ermöglichen*
- 5. Hypothekar- / Baukreditkonten für Liegenschaften in der Schweiz zu ermöglichen*

Voraussetzung ist die ausgewiesene Versteuerung der Vermögenswerte am Wohnsitz des Kontoinhabers.

▪ **Resolution des Auslandschweizerrates (5. August 2016)**

Der Auslandschweizerrat ist entrüstet und tief besorgt über das Geschäftsgebaren der PostFinance AG. Die PostFinance, eine Tochtergesellschaft der Schweizerischen Post, die ihrerseits zu hundert Prozent im Besitze des Bundes ist, hat Kreditkarten für Kunden mit Wohnsitz im Ausland kurzerhand gekündigt. Betroffen von dieser Änderung sind insbesondere auch die Auslandschweizer, die mit diesem Schritt der PostFinance zu Schweizer Bürgern zweiter Klasse geworden sind. Der Auslandschweizerrat ruft den Bundesrat, insbesondere die zuständige Bundesrätin, Doris Leuthard, deshalb dazu auf, bei der PostFinance zu intervenieren und diesen willkürlich anmutenden Schritt umgehend zu korrigieren. Sollten in diesem Zusammenhang Rechtsunsicherheiten für die PostFinance bestehen, müssen diese zwingend ausgeräumt werden, wozu der Auslandschweizerrat neben dem Bundesrat auch das Parlament aufruft. Es geht nicht an, dass sämtliche Auslandschweizer allein aufgrund ihres Wohnsitzes im Ausland unbesehen der realen Umstände zu Risikokunden und damit zu potentiell Kriminellen gestempelt werden. Der Auslandschweizerrat ruft die zuständigen politischen Behörden mit Nachdruck zum Handeln in dieser Sache auf.“

▪ **Resolution des Auslandschweizerrates (25. März 2017)**

Der Auslandschweizerrat nimmt mit Bedauern zur Kenntnis, dass den Auslandschweizern die Dienstleistungen der PostFinance nicht vorbehaltlos zur Verfügung gestellt werden. Der Rat verlangt von den Eidg. Räten und vom Bundesrat, die Rechtsgrundlagen der PostFinance so zu ändern, dass die Auslandschweizer denselben Zugang zu den Dienstleistungen der PostFinance haben, wie die Personen mit Wohnsitz in der Schweiz.